Politischer Wegweiser

für Freiheit und Vaterland

Erscheinungstage: 10. und 25. im Monat. Bezugspreis 75 Pf. monatlich

Nr. 7 Halle (Saale), 10. April 1930 6. Jahrgang

Sozialdemokratische Kommunalpolitik.

Seit Wochen beschäftigte sich die hallesche Stadtverordnetenversammlung mit der Durchberatung und Verabschiedung des Haushaltsplanes. Es handelt sich dabei nicht um Kleinigkeiten, sondern um einen Etat in Höhe von 35 Millionen Mark. Zahlen muß die Bürgerschaft Halles, und ihr hat man anläßlich der letzten Kommunalwahlen als besondere Empfehlung für **alle** eingereichten Bewerberlisten versprochen, daß künftig größte **Sparsamkeit** obwalten sollte. Daß für die als Stadtverodneten gewählten Kommunisten Sparsamkeit ein unbekannter Begriff ist, ergibt sich ohne weiteres aus ihrer politischen Einstellung. Für sie ist die **Parteipropaganda** die Hauptsache, und ob der Haushaltsplan mit Einnahmen und Ausgaben in Einklang gebracht wird, kümmert sie, wie sich ihr Sprecher in der Sitzung am 3. März ausdrückte, einen Dreck. Das ist deutlich, aber ehrlich.

Eine andere Taktik schlägt die **Sozialdemokratie** ein. Auch sie redet zwar viel von Sparsamkeit. Ihre Anträge und Handlungsweise bedeuten aber das Gegenteil. Den Auftakt dazu gaben die **Tariferhöhungen der Wehag.** Die sozialdemokratischen Redner donnerten dagegen, festgestellt wurde aber, **daß die 5 sozialdemokratischen Aufsichtsratsmitglieder der Wehag den Tariferhöhungen zugestimmt hatten.** — Bei der Generaldebatte über den Haushaltsplan sprach der sozialdemokratische Redner **Peters** viel von Verantwortungsgefühl für das Allgemeinwohl, von Sparsamkeit und von unbedingter Vermeidung neuer Steuerbelastungen. Das hinderte ihn und Genossen aber nicht, bei den Einzelberatungen den Bau eines **neuen Krankenhauses** und die Errichtung eines **zweiten Hallen-Schwimmbades** im Süden, beides Millionen-Objekte, zu beantragen und zur Deckung der Kosten eine **Erhöhung der Gewerbesteuer um 200 %** vorzuschlagen. — Beim Hochbau- und ebenso beim Tiefbau-Etat beantragten sie die Einsetzung je einer Million Mark. Den Wohnungsbau sollte die Stadt natürlich **in eigener Regie** ausführen und für Straßenbauten eine Anleihe aufnehmen, also **zu den schon vorhandenen Schulden neue Schulden hinzufügen.** —

Daß solche Anträge von allen Stadtverordneten, die zu ihrem Sparsamkeitsversprechen stehen, abgelehnt werden müssen, weil eben die Mittel nicht da sind und jede neue Steuerbelastung und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19300410-18/fragment/page=0001

jedes Betreten einer neuen Schuldenwirtschaft pflichtgemäß vermieden werden muß, weiß die Sozialdemokratie von vornherein ganz genau. Aber gerade deshalb stellt sie ihre Anträge, um ihrer **Parteipropaganda** nach außen willen und um über die Ablehnenden schimpfen, und sich als die „tüchtigen Kerle" empfehlen zu können. Bei den Beschimpfungen kommen natürlich die demokratischen Stadtverordneten am schlechtesten weg, da man das Bekanntwerden ihrer verantwortungsbewußten Arbeit fürchtet und vorbeugen will. Und in der Tat hat die verhältnismäßig kleine demokratische Gruppe anerkennenswerte Arbeit im Plenum und besonders bei den Ausschußberatungen geleistet. Sie hat sich **dabei von keiner Seite beeinflussen lassen.** Sie ist durchaus selbständig und legt auf diese Selbständigkeit auch weiter entscheidenden Wert.

Wenn darüber die Sozialdemokratie besonders erbost ist und in ihrer Presse zu persönlich verletzenden Angriffen gegen demokratische Stadtverordnete greift, und wenn sie weiter die alberne Bemerkung macht, daß früher die Demokraten doch noch hin und wieder mit ihr gestimmt hätten, jetzt jedoch nicht, so gibt sie damit die **Undurchführbarkeit** ihrer jetzigen Anträge selbst zu. **Die Demokraten prüfen die Anträge nicht nach dem Parteinamen, sondern nach ihrer Auswirkung auf das Allgemeinwohl** und nach den vorhandenen Mitteln. Sie werden also auch in Zukunft jedem Antrage, der dieser Prüfung nicht standhält, ihre Zustimmung versagen und an ihrem Versprechen, der Bürgerschaft neue Belastungen zu ersparen, festhalten.

Der Schluß der Beratungen zum Haushaltsplan fand am 31. 3. statt. Er wurde mit 35129300,— Mark verabschiedet. Hierbei ereignete sich noch der bemerkenswerte Vorfall, daß die **Sozialdemokratie den volkswirtschaftlich blöden Antrag der Kommunisten, die Arbeitszeit allgemein auf 7 Stunden herabzusetzen, unterstützte.** Als auch dieser Antrag abgelehnt worden war, zeigte die Sozialdemokratie ihr wahres Gesicht. Sie erklärte, nunmehr kein Interesse mehr an dem städtischen Haushaltsplan zu besitzen und daß sie **den ganzen Etat ablehnen würde. Die Sozialdemokratie tat also schließlich genau dasselbe, was die Kommunisten vorher angekündigt hatten.** Ihre Unfähigkeit zur praktischen Kommunalarbeit hat sie damit selbst bewiesen.

Der neue **Oberpräsident der Provinz Sachsen Dr. Falck** hat der „Saale-Ztg." nachstehende Berichtigung zugehen lassen:

In der Nummer 73 Ihrer Zeitung vom 27. März 1930 veröffentlichen Sie unter der Ueberschrift „Zweierlei Maß. Mittlere Beamte und Minister" einen Bericht, der sich auch mit mir beschäftigt. Auf Grund des § 11 des Preßgesetzes bitte ich Sie um die Aufnahme folgender Berichtigung:

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19300410-18/fragment/page=0002

Die in dem Artikel „Zweierlei Maß. Mittlere Beamte und Minister“ (Nr. 73 vom 27. März 1930) enthaltene Darstellung, ich hätte als Berichterstatter gelegentlich der Verhandlung des Republikanischen Richterbundes auf Aufhebung der Mitgliedschaft des Senatspräsidenten Grützner zu dieser Organisation darauf hingewiesen, dieser Bund verfolge seit seiner Begründung eine Lockerung der eherechtlichen Bestimmungen in der Richtung der Anerkennung „freier Bindungen im Verhältnis der Geschlechter“ ist unzutreffend. Wahr ist vielmehr, daß ich bei meinem Bericht hervorgehoben habe, der Republikanische Richterbund habe für das Ehescheidungsrecht den Standpunkt eingenommen, daß als Scheidungsgrund neben der subjektiven Verschuldung auch die objektive Zerrüttung einer Ehe zu gelten habe. Mit keinem Wort habe ich von der Anerkennung „freier Bindungen“ im Verhältnisse der Geschlechter gesprochen. Niemals hat der Republikanische Richterbund die ihm hier nachgesagte Tendenz vertreten. Dr. C. Falck, Ministerialdirektor.

Die „Saale-Ztg.“ hat diese Berichtigung in ihrer Ausgabe vom 4. April gebracht. — Oberpräsident Dr. Falck ist Mitglied unserer Partei.

Reichsbanner und Partei. In den örtlichen Organisationen des Reichsbanners haben sozialdemokratisch organisierte Reichsbanner-Kameraden verschiedentlich Vorwürfe gegen demokratische Gemeindevertreter wegen ihres taktischen Zusammengehens mit anderen Parteien erhoben. Wir können dazu erklären, daß unser Abgeordneter Lemmer in seiner Eigenschaft als stellvertretender Bundesvorsitzender des Reichsbanners derartige Vorfälle in einer Sitzung des Bundesvorstandes zur Sprache gebracht hat. Dabei hat Abg. Lemmer grundsätzlich darauf hingewiesen, daß die D.D.P. Wert auf positive und freundschaftliche Beziehungen zum Reichsbanner legt, aber nicht dulden kann, daß von politisch anders gesinnten Reichsbannerkameraden unsere Parteifreunde wegen politischer Maßnahmen, denen nur eine taktische Bedeutung zukomme, in einer unsere Partei verletzenden Weise angegriffen werden. Die D.D.P. muß es vielmehr ablehnen, sich die Freiheit und Unabhängigkeit ihres politischen Handelns in irgend einer Weise beeinträchtigen zu lassen. Der Bundesvorstand hat den Ausführungen unseres Abg. Lemmer beigepflichtet und sich in einem offiziellen Rundschreiben an seine Organisationen diesen Standpunkt zu eigen gemacht. — Auch im Gauvorstand in Halle sind von unseren Parteifreunden ähnliche Dinge zur Sprache gebracht worden. Für ihre Auffassung, daß dergleichen im Reichsbanner nicht Platz greifen darf, haben unsere Parteifreunde auch im Gauvorstand volles Verständnis gefunden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19300410-18/fragment/page=0003

Halle. Die Frauengruppe hält am Donnerstag, den 24. April, eine Zusammenkunft ab. Vortrag über „Neue Wege der Jugendpflege in England und Deutschland". Vortragende: Frau Habe und Frl. Bischoff. Die Zusammenkunft findet abends 8¼ Uhr im Nicolaus statt.

Bitterfeld. Am 19. März fand eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Der 1. Vorsitzende, Stadtrat Dietrich, gedachte in ehrenden Worten des verstorbenen Parteifreundes, Buchdruckereibesitzer Wilhelm Wachsmuth. Das eingegangene Dankschreiben des Staatsministers Dr. Schreiber auf den übersandten Glückwunsch der Ortsgruppe anläßlich seines 5jährigen Ministerjubiläums, wurde mit großem Beifall entgegengenommen. — In der hiesigen Ortsgruppe wird die Bildung einer Frauengruppe demnächst erfolgen. — Die Versammlung gab ferner ihre Zustimmung zur Aufbringung eines Sonderbeitrages an die Bezirksgruppe zur Unterhaltung des Generalsekretariats. — In der Aussprache wurde über die beabsichtigte Aufstellung eines Baustufenplanes für die Stadt Bitterfeld lebhaft debattiert. Eine Entschließung wurde einstimmig angenommen.

Eisleben. Die Ortsgruppe des Reichsbundes der deutschen Jungdemokraten hielt eine gut besuchte Versammlung ab. Anstelle des verhinderten Reichstagsabgeordneten Lemmer sprach der Verbandsvorsitzende Ernst Diefenthal-Magdeburg über „Die Aufgaben der jungen Generation".

Deuben (Kr. Weißenfels). Hier ist eine neue Ortsgruppe der D.D.P. gegründet. Vorsitzender: Obersteiger Emil Hintze, Wildschütz (Post Werschen).

Rössen. Am 22. März fand die Jahreshauptversammlung statt. Die Gruppe entwickelt sich weiter. Eine Frauengruppe ist im Entstehen.

Wittenberg. Die gutbesuchte Mitgliederversammlung nahm den Jahresbericht und einen Vortrag von Dr. Liebig entgegen.

Eilenburg. Dr. Liebig-Halle sprach hier am 5. April in gutbesuchter Mitgliederversammlung über Wirtschafts- und Steuerfragen.

Herzberg. Der Kreisparteitag wurde am 6. April abgehalten. Er beschäftigte sich mit Fragen der Kreispolitik und der Organisation.

Eisleben. Minister Dr. Schreiber sprach in einer von der Ortsgruppe einberufenen überfüllten öffentlichen Versammlung über die letzten politischen Ereignisse.

Verlag: Deutsche Demokratische Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30.
Verantwortlich: Johannes Dornblüth, Halle (Saale).

A 1 Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
Friedrichstr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19300410-18/fragment/page=0004

Politischer Wegweiser

für Freiheit und Vaterland

Erscheinungstage: 10. und 25. im Monat. Bezugspreis 75 Pf. monatlich

Nr. 7 Halle (Saale), 10. April 1930 6. Jahrgang

Sozialdemokratische Kommunalpolitik.

Seit Wochen beschäftigte sich die hallesche Stadtverordnetenversammlung mit der Durchberatung und Verabschiedung des Haushaltsplanes. Es handelt sich dabei nicht um Kleinigkeiten, sondern um einen Etat in Höhe von 35 Millionen Mark. Zahlen muß die Bürgerschaft Halles, und ihr hat man anläßlich der letzten Kommunalwahlen als besondere Empfehlung für **alle** eingereichten Bewerberlisten versprochen, daß künftig größte **Spar**

tadtverodneten ge-
annter Begriff ist,
n Einstellung. Für
und ob der Haus-
Einklang gebracht
n der Sitzung am
tlich, aber ehrlich.
okratie ein. Auch
nträge und Hand-
Auftakt dazu gaben
okratischen Redner
3 die 5 sozialdemo-
en Tariferhöhungen
e über den Haus-
er **Peters** viel von
, von Sparsamkeit
rbelastungen. Das
n Einzelberatungen
e Errichtung eines
ides Millionen-Ob-
ten eine **Erhöhung**
— Beim Hochbau-
die Einsetzung je
die Stadt natürlich
auten eine Anleihe
en Schulden neue

neten, die zu ihrem
rden müssen, weil
teuerbelastung und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19300410-18/fragment/page=0005